

ALLGEMEINE VERWALTUNGS- ANGELEGENHEITEN.

VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER BUNDESPRÄSIDENTENWAHL.

Im Jahre 1951 fand zum ersten Male in Österreich die Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk statt. Mit den Vorarbeiten wurde bereits am 12. Jänner 1951 begonnen. Wie bei allen vorhergegangenen Wahlen, die nicht mit ständigen Wählerverzeichnissen durchgeführt worden sind, mußte zunächst der Häuserkataster überprüft werden.

Die Gesamtzahl der Wahlsprengel erhöhte sich auf 2.383.

Die Zusammensetzung der Wahlbehörden war noch auf den Wahlergebnissen von 1945 aufgebaut. Neu zu bestellen waren demnach jene Wahlbehörden, bei denen sich nach dem Ergebnis der Nationalratswahlen von 1949 die politische Zusammensetzung änderte. Nach einer Bestimmung der Nationalrats-Wahlordnung bleiben für die Zwecke der Nationalratswahl die Wahlbehörden in der Zusammensetzung von 1949 bis zur nächsten Nationalratswahl im Amte. Dies hatte zur Folge, daß eine gleichbenannte Wahlbehörde bei der Bundespräsidentenwahl eine andere Zusammensetzung hatte als für die Nationalratswahl.

Zur Erfassung der Wahlberechtigten wurden 100.000 Hauslisten und 2.000.000 Wähleranlageblätter an die Bevölkerung ausgegeben. Die Versendung erfolgte nicht mehr durch städtische Organe und den städtischen Fuhrwerksbetrieb, sondern durch die Post. Nach den ausgefüllten Hauslisten und Wähleranlageblättern wurden im Festsaal des Neuen Rathauses die Wählerverzeichnisse angelegt. Der Höchststand der zur Anlegung der Wählerverzeichnisse verwendeten Arbeitskräfte war wesentlich geringer als im Jahre 1949. Während er damals 1.163 betrug, waren im Jahre 1951 nur 875 Bedienstete tätig.

Am 27. März 1951 wurden die Wählerverzeichnisse in die Wiener Gemeindebezirke gebracht, wo sie zur öffentlichen Einsicht aufgelegt wurden. Vorher waren 98.925 Hauskundmachungen zu schreiben, die ebenfalls mit der Post in die einzelnen Häuser versendet wurden.

Beim Reklamationsverfahren mußte in 8.123 Fällen entschieden werden. Eingbracht wurden 5.253 Eintragungsbegehren, 1.179 Streichungs- und 1.691 Berichtigungsbegehren.

Nach Abschluß des Einspruchs- und Berufungsverfahrens wurde der „Nachtrag II“ gebildet, der die auf Grund des Reklamationsverfahrens in die Wählerverzeichnisse einzutragende Personen enthielt. Im abgeschlossenen Wählerverzeichnis einschließlich beider Nachträge waren 546.473 männliche und 782.174 weibliche, zusammen also 1.328.647 Wahlberechtigte in allen Wiener Gemeindebezirken eingetragen.

Zur Entgegennahme der Stimmzettel wurden 2.383 Wahllokale eingerichtet. Die bei der Bundespräsidentenwahl vorgesehene Wahlpflicht hatte bei der Ausstellung der Wahlkarten eine dem Sinne des Gesetzes entsprechende Änderung der Praxis zur Folge, was zu einer Vermehrung der ausgestellten Wahlkarten führte: für den ersten, am 6. Mai 1951 stattgefundenen Wahlgang wurden 36.992 Wahlkarten, für den zweiten Wahlgang 51.987 Wahlkarten, zusammen also 88.979 Wahlkarten ausgestellt.

Im ersten Wahlgang wurden in Wien 1.270.797 gültige Stimmen abgegeben, im zweiten Wahlgang 1.273.724. Der zweite Wahlgang ergab 780.519 Stimmen für Dr. h. e. Körner und 457.205 Stimmen für Dr. Gleißner.

REGISTRIERUNG DER NATIONALSOZIALISTEN.

In Registrierungsangelegenheiten der ehemaligen Angehörigen der NSDAP waren von der dafür zuständigen Dienststelle des Magistrates im Jahre 1950 101.282 und im Jahre 1951 50.281 Geschäftsstücke zu behandeln. Von den Sühnefolgen wurden im Jahre 1950 554 und im Jahre 1951 686 registrierte Personen befreit.

Neue Meldungen ehemaliger Nationalsozialisten erfolgten im Jahre 1950 von 1.187 Männern und 449 Frauen, im Jahre 1951 von 349 Männern und 24 Frauen. Bis Ende 1951 haben sich demnach in Wien 107.297 Männer und 38.420 Frauen, zusammen 145.717 Personen zur Registrierung angemeldet. Die Zahl der in den Registrierungslisten als belastet verzeichneten Personen ergibt sich aus folgender Übersicht:

		Männer	Frauen	Zusammen
1. Jänner	1950.....	8.699	498	9.197
1. Mai	1950.....	8.451	486	8.937
1. November	1950.....	8.009	475	8.484
1. Mai	1951.....	7.640	474	8.114
1. November	1951.....	7.476	482	7.958

GESCHWORENEN- UND SCHÖFFENLISTEN.

Umfangreiche Arbeiten erforderten die nach den Gesetzen jedes vierte Jahr durchzuführende Anlegung der Urliste der für das Schöffenamts geeigneten Personen, die im Jahre 1950 911.164 Personen umfaßte. Ein Viertel der in dieser Liste verzeichneten Personen wurde in die Gemeindebezirkslisten aufgenommen, aus denen die vom Gemeinderat gewählten Gemeindebezirkskommissionen die für das Schöffenamts besonders geeigneten Personen auswählten. Die Überprüfung der als besonders geeignet namhaft zu machenden Personen im Sinne der Gesetzesvorschrift oblag dem Magistrat.

GEMEINDEVERMITTLUNGSÄMTER.

Im Jahre 1950 wurden neue Richtlinien für die Geschäftsführung der Gemeindevermittlungsämter ausgearbeitet und herausgegeben. Den Gemeindevermittlungsämtern lagen im Jahre 1950 3.849 und im Jahre 1951 3.935 neue Ehrenbeleidigungsklagen vor. In 692 Fällen im Jahre 1950 und in 723 Fällen im Jahre 1951 kam bei den Vermittlungsverhandlungen ein Vergleich zustande. Ein größerer Teil der Ehrenbeleidigungen wurde vor oder nach Anberaumung der

Vermittlungsverhandlung zurückgezogen. Die Gemeindevermittlungsämter haben also den Gerichten beinahe ein Viertel der Ehrenbeleidigungsklagen abgenommen. Außerdem konnten im Jahre 1950 in 135 und im Jahre 1951 in 156 Fällen zivilrechtliche Vergleiche erzielt werden, wodurch die Gerichte entlastet und den Parteien Kosten erspart wurden.

POLIZEIWESEN.

Bei den Polizeiangelegenheiten ist zu unterscheiden zwischen jenen des Magistrates und jenen der Sicherheitsdirektion Wien. Unter den vom Magistrat bearbeiteten Aufgaben der Sicherheitsdirektion Wien sind die Vereins- und Versammlungsangelegenheiten, die Verbreitungsbeschränkungen für jugendschädliche Druckwerke sowie die Berufungen in Polizeistrafsachen hervorzuheben.

Bei jugendschädlichen Druckwerken hatte der Magistrat im Aufgabenbereiche der Sicherheitsdirektion Wien nicht bloß über Berufungen zu entscheiden, sondern auch die Abstandnahme von Verbreitungsbeschränkungen zu überprüfen. Im Jahre 1950 wurde in 9, im Jahre 1951 in 6 Fällen über Berufungen entschieden.

Die Sicherheitsdirektion ist auch Berufungsbehörde in Polizeistrafsachen, und zwar vor allem bei Berufungen gegen Strafen, die wegen Verstößen gegen Artikel VIII des Einführungsgesetzes zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen verhängt worden sind. Die Zahl dieser Berufungsakten betrug im Jahre 1950 357 und im Jahre 1951 342.

Zum Aufgabenbereich des Landeshauptmannes und der Landesregierung gehören zumeist Berufungen gegen Strafen, die wegen Zuwiderhandlungen gegen Preis- und Bewirtschaftungsgesetze verhängt worden sind. Im Jahre 1950 waren vom Magistrat 529 Berufungsakten dieser Art zu bearbeiten, 1951 waren es 426.

KULTUSWESEN.

Auf dem Gebiete des Kultuswesens beschäftigte sich der Magistrat mit Patronatsangelegenheiten, er verfaßte Rechtsgutachten und bereitete Akten für die ministeriellen Entscheidungen vor. Die meisten Akten betrafen kultusbehördliche Negativvermerke, wonach gegen Rechtsgeschäfte über Grundstücke, die sich im Eigentum von konfessionellen Körperschaften oder Einrichtungen befinden, vom Standpunkt der staatlichen Kultusverwaltung keine Bedenken bestehen. Im Jahre 1950 wurden 251 und im Jahre 1951 554 solche Vermerke auf Urkunden beigelegt.

STIFTUNGEN UND FONDS.

Dem Magistrat obliegen die aufsichtsbehördlichen Geschäfte bei Stiftungen und Fonds. Bei den Stiftungen bilden der Inhalt der Stiftungsbriefe und die Erklärung über die Annehmbarkeit der Stiftung sowie die Verwertung von Stiftungsgründen den Hauptbestandteil der behördlichen Genehmigungstätigkeit. Bei den Fonds stehen die Änderungen der Fondsstatuten und die Prüfungen von Rechnungsabschlüssen im Vordergrund der behördlichen Tätigkeit.

SAMMLUNGEN, TOMBOLA.

In den Jahren 1950 und 1951 wurden folgende *Sammlungen* für das ganze Stadtgebiet vom Magistrat bewilligt: für die Barmherzigen Brüder vom 20. Jänner

bis 5. Februar 1950 und vom 14. bis 20. Jänner 1951, für das Wiener Jugendhilfswerk vom 1. bis 7. April in beiden Jahren, für die Tuberkulosekranken vom 1. bis 7. Juni in beiden Jahren, für die Blinden vom 4. bis 10. September 1950 und vom 2. bis 8. September 1951, für das Wiener Sozialhilfswerk vom 8. bis 15. Oktober 1951 und für die Wiener Hilfsbedürftigen vom 1. bis 7. November in beiden Jahren. Außerdem erteilte der Magistrat Bewilligungen für 5 kleinere Sammlungen in jedem dieser Jahre. Der Landeshauptmann hat auch auf dem Gebiete der staatlichen Finanzverwaltung, nämlich des Lotto-Regales, Geschäfte zu besorgen, und zwar im Einvernehmen mit der Finanzlandesdirektion Wien über Ansuchen um Bewilligung für Tombolaveranstaltungen.

Über die Tombolaveranstaltungen in den Jahren 1950 und 1951 geben die folgenden Zahlen Aufschluß:

	1950	1951
Bewilligte Tombolaveranstaltungen.	45	32
Zahl der Lose	1,335.000	940.000
Gesamtspielkapital S	2,720.000	2,200.000
Unverkaufte Lose	339.062	203.778
Wert der un verkauften Lose S	678.124	450.772

VERMÖGENSSICHERUNG, RÜCKSTELLUNGS- ANGELEGENHEITEN.

Infolge der Auflassung der „Zentralstelle für Vermögenssicherungsangelegenheiten, öffentliche Verwaltungen und Forderungen gegen alliierte Besatzungsmächte“ fielen diese Verwaltungsgeschäfte der Magistratsabteilung 62 zu.

Die Zahl der unter Aufsicht des Wiener Magistrates stehenden *öffentlichen Verwaltungen* ist im Jahre 1950 weiter zurückgegangen, doch brachte die Delegierungsverordnung 1951 wieder eine beträchtliche Zunahme der Zahl der öffentlichen Verwalter mit sich, wie die folgende Aufstellung zeigt:

	1. I. 1950	Stand vom	
		31. XII. 1950	31. XII. 1951
Öffentliche Verwalter	314	157	376
Öffentliche Aufsichtspersonen	77	53	98
Treuhändige Verwalter beschlagnahmen- Vermögens	—	2	—
Bevollmächtigte zur Verwaltung ver- fallenen Vermögens	45	167	167

Der Wechsel bei den öffentlichen Verwaltern und Aufsichtspersonen war im Jahre 1950 größer als 1951. Vom Wiener Magistrat wurden im Jahre 1950 67 öffentliche Verwalter und 36 Aufsichtspersonen eingesetzt; 1951 waren es 21 öffentliche Verwalter und 20 öffentliche Aufsichtspersonen. Abberufen wurden 1950 222 öffentliche Verwalter und 59 Aufsichtspersonen, 1951 70 öffentliche Verwalter und 13 Aufsichtspersonen. Der Magistrat überprüfte die Gebarung der öffentlich verwalteten Betriebe im Jahre 1950 in 145 und im Jahre 1951 in 195 Fällen. Außerdem wurde die Gebarung von 27 Unternehmungen im Jahre 1950 und von 30 im Jahre 1951 durch Buchsachverständige überprüft.

Wegen *Rückstellungsangelegenheiten* gingen dem Magistrat im Jahre 1950 4.940 und im Jahre 1951 2.711 Geschäftsstücke zu. Bis Ende 1951 wurden 22.376 Rückstellungsanträge eingebracht, von denen bis zu diesem Zeitpunkte 13.044 erledigt waren.

Die Rückforderung und Einhebung von *Wiedergutmachungsbeträgen* gemäß § 23 des Verbotsgesetzes 1947 erforderte im Jahre 1950 468 und im Jahre 1951 110 Geschäftsstücke.

Bei der Feststellung und Verrechnung von *Entschädigungen* sind zu unterscheiden: Entschädigungen nach dem Reichsleistungsgesetz für die Inanspruchnahme von Wohnungen durch die amerikanische Besatzungsmacht, Sachverhaltsfeststellung und Befürwortung von Schadenersatzansprüchen gegen die Armeen der einzelnen Besatzungsmächte.

Insgesamt waren im Jahre 1950 971 und im Jahre 1951 726 Entschädigungsansprüche zu behandeln.

Die ebenfalls in die Magistratsabteilung 62 eingegliederte *Landesumsiedlungsstelle* hatte sich mit der Betreuung von Flüchtlingen zu befassen. Die Zahl der Meldungen stieg bis 31. Dezember 1951 auf 107.223. Im Jahre 1950 wurde für 4.375 Personen und im Jahre 1951 für 1.984 Personen der Antrag auf Gewährung der Aufenthaltsbewilligung gestellt. Bei 4.915 Personen im Jahre 1950 und bei 1.013 Personen im Jahre 1951 lautete der Antrag auf Ablehnung. Die im Jahre 1950 begonnene großzügige Auswanderungsaktion nach Nordamerika, bei deren Durchführung auch die Landesumsiedlungsstelle mitwirkte, befaßte sich mit 545 Auswanderungen.

BEVÖLKERUNGSWESEN.

Durch die am 1. Oktober 1950 wirksam gewordene Neueinteilung der Wiener Standesamtsbezirke sind von den bisherigen 23 Standesämtern nur 13 erhalten geblieben.

Für die Standesämter Innere Stadt-Mariahilf, Landstraße, Brigittenau und Floridsdorf wurden neue Trauungsräume geschaffen und in anderen Standesämtern abgenützte Einrichtungsgegenstände durch neue ersetzt.

In der Verwaltungstätigkeit waren einige neue Gesetze und Verordnungen zu berücksichtigen. Durch die Bundesgesetze vom 25. Jänner 1950, BGBl. Nr. 65/1950, und vom 22. November 1950, BGBl. Nr. 242/1950, betreffend die Abänderung des Staatsbürgerschaftsüberleitungsgesetzes 1949, wurden die Fristen für Staatsbürgerschaftserklärungen und für Anträge auf Widerruf von Ausbürgerungen um ein weiteres Jahr erstreckt.

Die Verwaltungsabgaben wurden neu festgesetzt.

Nach dem überaus großen Geschäftsumfang in Staatsbürgerschaftsangelegenheiten in den letzten Jahren ist seit 1950 ein Absinken zu beobachten. Im Jahre 1949 betrug die Zahl der protokollierten Geschäftsstücke noch 13.636; sie ist im Jahre 1950 auf 12.297 und im Jahre 1951 auf 7.676 zurückgegangen. Über die rechtskräftig durchgeführten Einbürgerungen gibt die folgende Übersicht Auskunft.

	1950	1951
Verleihungen ohne vierjährigen Inlandsaufenthalt	1.153	818
Verleihungen bei Inlandsaufenthalt zwischen 4 und 10 Jahren ..	3.932	5.365
Verleihungen bei Inlandsaufenthalt von über 10 Jahren	695	537
Staatsbürgerschaftserklärungen nach § 2 StÜG. 1949 (Wohnsitz seit 1. I. 1919)	717	458
Staatsbürgerschaftserklärungen nach § 2a StÜG. 1949 (Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft durch Ehe mit einem Ausländer zwischen 13. III. 1938 und 27. IV. 1945)	556	400
Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft durch ehemalige österreichische Staatsbürgerinnen nach Auflösung der Ehe	102	94

Zum ersten Male wurde im Jahre 1950 62 österreichischen Staatsbürgerinnen, die Ausländer ehelichten, die Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft nach der Staatsbürgerschaftsrechtsnovelle 1949 bewilligt; im Jahre 1951 kam diese Gesetzesbestimmung 87 Österreicherinnen zugute. Außerdem wurde im Jahre 1950 221 Frauen und im Jahre 1951 83 Frauen, die zwischen dem 27. April 1945 und dem 19. Jänner 1950 die österreichische Staatsbürgerschaft schon verloren hatten, auf Grund der Übergangsbestimmungen des Art. III der Staatsbürgerschaftsrechtsnovelle 1949 die Beibehaltung der Staatsbürgerschaft nachträglich bewilligt.

228 Personen wurden im Jahre 1950 und 224 Personen im Jahre 1951 über ihren Antrag Bescheinigungen über ihr Ausscheiden aus dem österreichischen Staatsverband ausgefolgt.

Die Heimatrolle wurde in den Jahren 1950 und 1951 weniger stark in Anspruch genommen als in den beiden Vorjahren. Die Zahl der bearbeiteten Geschäftstücke geht aus nachstehender Übersicht hervor:

	1950	1951
Protokollierte Akten.....	26.060	21.556
Ausgefertigte Heimatrollenauszüge	100.482	87.361
Ausgefertigte Staatsbürgerschaftsnachweise.....	9.485	9.766

Außerdem wurden zahlreiche Anfragen von Ämtern behandelt und Bestätigungen für Arbeitsämter und Krankenkassen sowie für das Invalidenamt ausgestellt.

In *Personenstandsangelegenheiten* waren im Jahre 1950 6.856 und im Jahre 1951 7.058 Akten eingelangt. Über die Zahl der Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle, die in den Standesämtern beurkundet wurden, gibt der Abschnitt „Die Bevölkerungsvorgänge Wiens in den Jahren 1950 und 1951“, Seite 294, Aufschluß. In den Personenstands-Zweitbüchern wurden zahlreiche Eintragungen durchgeführt, und zwar:

	1950	1951
im Geburtenbuch	3.380	3.421
im Familienbuch.....	24.286	20.361
im Sterbebuch	140	427

STATISTISCHER DIENST.

DIE VOLKSZÄHLUNG VOM 1. JUNI 1951.

Im Mittelpunkt der statistischen Arbeiten in den Jahren 1950 und 1951 stand das große Werk der Volkszählung. Das Bundesgesetz vom 5. Juli 1950 (Volkszählungsgesetz) bestimmt, daß an der Wende eines jeden Jahrzehnts eine Volkszählung vorzunehmen ist, zum ersten Male in der Zeit vom 1. Dezember 1950 bis 30. Juni 1951. Als wichtige Vorarbeit hiezu diente das topographische Werk „Ortsverzeichnis von Österreich auf Grund der Volkszählung im Jahre 1951“.

Mit Verordnung der Bundesregierung vom 14. März 1951, BGBl. Nr. 81/1951, wurde der Zähltag der ordentlichen Volkszählung für den 1. Juni 1951 festgesetzt. Mit ihr fand gleichzeitig eine Zählung der Häuser, Wohnungen und sonstigen Räumlichkeiten sowie eine Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung statt. Die Organisation hatte sich demnach auf drei umfangreiche Zählungen zu erstrecken. Die Schwierigkeiten schienen zunächst überaus groß, da die zur Verfügung stehende Zeit sehr kurz war. Die Anordnung über die Land- und forstwirtschaftliche

Betriebszählung sowie über die Erhebung der Häuser und Wohnungen wurde erst am 4. Mai 1951 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Für die Durchführung der Zählungen an einem Tag wären etwa 20.000 Zählorgane notwendig gewesen; diese Zahl konnte auch nicht annähernd aufgebracht werden. Die vielfachen Bemühungen, eine Ergänzung des Zählerstandes aus dem Kreise der Bundesangestellten zu erhalten, scheiterten an dem ablehnenden Standpunkte der Bundesverwaltung. Mit 11.250 Zählern wurden schließlich die angeordneten Erhebungen durchgeführt. Ein weiteres Hemmnis bildete auch das Zusammentreffen der Volkszählungsarbeiten mit den Vorbereitungen der Bundespräsidentenwahl, für die ein großer Teil des Verwaltungsapparates des Magistrates dienstbar gemacht werden mußte. Durch die Abtrennung der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung von der Organisation der übrigen Erhebungen wurde die termingemäße Durchführung der Volkszählung ermöglicht.

Für die Durchführung der Volkszählung wurde das Gebiet von Wien in Kontrollgebiete geteilt, deren Gebietsumfänge genau jenen der Wahlsprengel entsprachen. Jedes Kontrollgebiet war in Zählsprengel mit etwa 40 Haushalten unterteilt. Ein solcher Zählsprengel bildete das Arbeitsgebiet für einen Zähler, das er in einer Tagesleistung leicht bearbeiten konnte. Infolge des Personalmangels mußte jedoch ein Zähler oft 2 bis 3 Sprengel übernehmen. Als Tagesaufwandentschädigung wurde den Zählern ein Betrag von 10 S vergütet.

Nach Überprüfung der Detailübersichten der Bezirke und ehemaligen niederösterreichischen Gemeinden und nach Ermittlung des vorläufigen Ergebnisses durch das Statistische Amt der Stadt Wien wurden am 6. August 1951 die Zählpapiere der Volkszählung sowie der Häuser- und Wohnungszählung dem Österreichischen Statistischen Zentralamt abgeliefert, das die Aufbereitung der Volkszählung für ganz Österreich durchführte.

Als endgültiges Ergebnis für Wien wurde ermittelt:

Häuser	96.558
Haushaltungen	727.082
<i>Anwesende Bevölkerung.</i>	
<i>Anwesende Wohnbevölkerung</i>	<u>1,744.069</u>
<i>Wohnbevölkerung. Am Zähltag anwesend</i>	1,766.102

Von der Wohnbevölkerung entfielen 769.366 auf das männliche und 996.736 auf das weibliche Geschlecht.

Ein Vergleich der Bevölkerungszahlen der Jahre 1934, 1939 und 1951 ergibt folgendes Bild:

Wohnbevölkerung: 1934	2,091.541	Personen
1939	1,929.976	„
1951 ¹	1,766.102	„

Demnach war die Wohnbevölkerung in Wien im Jahre 1951 um 163.874 Personen, d. s. 8,5 Prozent geringer als im Jahre 1939 und um 325.439, d. s. 15,6 Prozent geringer als 1934.

STATISTISCHE AUSWERTUNG DER PERSONENSTANDS- UND BETRIEBSAUFNAHME.

Im Jahre 1950 wurden zum ersten Male die Ergebnisse der Personenstands- und Betriebsaufnahme statistisch ausgewertet. Die Ergebnisse der Bezirke wurden

vom Statistischen Amt der Stadt Wien zum Ergebnis für Wien zusammengestellt. Bei den letzten drei Ermittlungen wurden gezählt:

	am 10. Oktober		
	1949	1950	1951
Haushalte	696.800	699.094	708.289
männliche Bewohner	785.789	787.257	788.020
weibliche Bewohner	1.003.001	1.003.411	1.002.849
Gesamteinwohnerzahl.....	1.788.790	1.790.668	1.790.869
Zahl der Häuser überhaupt			95.256

Bei der statistischen Auswertung der Personenstands- und Betriebsaufnahme wurde auch ermittelt, wieviel Haushaltsangehörige in den Haushaltslisten als noch kriegsvermißt ausgewiesen werden. Insgesamt wurden 6.188 Personen als kriegsvermißt gezählt. Diese Feststellung umfaßt aber offenbar nicht die Gesamtzahl der Kriegsvermißten, da die Wiener Kriegsgefangenenkommission weit über 20.000 Kriegsvermißte in Evidenz hält.

Mit der Personenstands- und Betriebsaufnahme am 10. Oktober 1950 war auch eine Vorerhebung zur Allgemeinen Viehzählung verbunden. Jeder Hausbesitzer des alten Stadtgebietes hatte auf einer besonderen Drucksorte anzugeben, ob und wieviel Viehhaltungen in seinem Hause sind. Diese Arbeit lieferte wertvolle Unterlagen für die Durchführung der Viehzählung 1950.

DIE BEVÖLKERUNGSVORGÄNGE IN DEN JAHREN 1950 UND 1951.

Über die Bevölkerungsbewegung in den Jahren 1950 und 1951 geben die folgenden Zahlen Aufschluß:

Jahr	Eheschließungen		Lebendgeborene		gestorbene		
	Zahl	auf 1.000 der Bevölkerung	Zahl	auf 1.000 der Bevölkerung	insgesamt	auf 1.000 der Bevölkerung	im 1. Lebensjahr auf 100 Lebendgeborene
1950.....	15.897	9,0	14.140	8,0	24.249	13,7	804
1951.....	16.321	9,3	12.550	7,1	25.872	14,7	647

Darnach ist die Zahl der Eheschließungen in geringem Ausmaße angestiegen und auch die auf 1.000 der Bevölkerung berechnete Eheschließungsziffer hat sich dementsprechend erhöht. Verglichen mit früheren Jahren und auch mit anderen Städten und Ländern ist die Höhe der Eheschließungsziffer als durchaus günstig zu bezeichnen. Der Anteil der Erst-Ehen, also der Ehen, die zwischen ledigen Partnern geschlossen wurden, betrug 1950 57 Prozent, 1951 60 Prozent, zeigt somit gleichfalls eine steigende Tendenz.

Der Geburtenrückgang, der mit dem Jahre 1948 einsetzte — im Jahre 1947 war noch eine relativ günstige Geburtenziffer von 13,9 je 1.000 der Bevölkerung zu verzeichnen — hat angehalten. 1950 wurden um 2.104 Lebendgeburten weniger als 1949 und 1951 um 1.590 weniger als 1950 gezählt. Die auf 1.000 der Bevölkerung berechnete Geburtenziffer nimmt daher ab, was auch damit zusammenhängt, daß die Zahl der Geborenen an einer Bevölkerung gemessen wird, in der der Anteil der älteren Jahrgänge, die für die Fortpflanzung nicht mehr in Betracht kommen, von Jahr zu Jahr größer wird.

Die Zahl der gestorbenen Einwohner unserer Stadt ist in beiden Jahren fast gleichgeblieben. Die hohe Sterbeziffer ist so wie die niedrige Geburtenziffer

in der Hauptsache auf die fortschreitend zunehmende Überalterung der Bevölkerung zurückzuführen, die es mit sich bringt, daß der Anteil der Bevölkerung, der die oberste Lebensgrenze erreicht, immer größer und damit die Ernte des Todes immer reicher wird. Als durchschnittliches Lebensalter der Gestorbenen läßt sich für 1950 beim männlichen Geschlecht ein Alter von 62,2, beim weiblichen von 66,2 Jahren errechnen, 1951 für die männlichen ein Alter von 63,7, für die weiblichen von 67,7 Jahren.

Der Verlauf der Säuglingssterblichkeit ist wie in den letzten unmittelbar vorangegangenen Jahren weiterhin rückgängig gewesen. Allerdings ist festzustellen, daß sich das Ausmaß des Rückganges von Jahr zu Jahr verringerte. Während der Abfall im Jahre 1949 gegenüber dem vorangegangenen Jahre noch 0,9 Prozent betragen hat, vermindert er sich 1950 auf 0,6 Prozent und 1951 auf 0,5 Prozent, wird also immer geringer, woraus zu folgern wäre, daß unter den gegebenen Umständen in der nächsten Zukunft kaum mehr größere Erfolge in den Bemühungen um die Erhaltung des jungen Lebens zu erzielen sein werden.

Zu den häufigsten Todesursachen in den beiden Jahren zählen:

	1950		1951	
	Zahl der Sterbefälle	Prozent aller Sterbefälle	Zahl der Sterbefälle	Prozent aller Sterbefälle
Krankheiten der Kreislauforgane	7.264	30	8.073	31
Krebs und andere bösartige Gewächse ...	5.039	21	5.273	20
Gehirnschlag, Gehirnerweichung	3.313	14	3.607	14
Übertragbare Krankheiten	1.514	6	1.737	7
Verunglückungen	913	4	911	4

Auf die fünf angeführten Krankheiten und Todesursachen entfallen drei Viertel aller Sterbefälle. Die Krankheiten des höheren Alters: Erkrankungen der Kreislauforgane, Krebs, Gehirnschlag und Gehirnerweichung herrschen vor. Dieser Tatbestand wird verständlicher, wenn man den Altersaufbau der Verstorbenen untersucht; von den 24.249 Personen, die im Jahre 1950 vom Tode ereilt wurden, waren 14.637 (60 Prozent) 65 und mehr Jahre alt, von den 25.872 des Jahres 1951 waren es 16.365 (63 Prozent).

Aus der Wanderungsbewegung resultiert sowohl 1950 wie auch 1951 ein Saldo zu Gunsten der Zugewanderten, der unter Anrechnung eines auf Grund der letzten Personenstandsaufnahme rechnungsmäßig ermittelten Korrekturzuschlages zur Zahl der polizeilich gemeldeten Abgewanderten für 1950 9.400 und für 1951 14.100 Personen beträgt.

Zusammenfassend läßt sich die Bewegung der Bevölkerung und ihre Entwicklung in den Jahren 1950 und 1951 wie folgt darstellen:

Jahr	Bevölkerungsstand am Jahresanfang	Gestorbenenüberschuß	Wanderungsüberschuß	Bevölkerungszunahme(+) Abnahme(-)	Bevölkerungsstand am Jahresende	darunter männliche Personen
1950.....	1,768.322	10.109	9.400	-709	1,767.613	769.903
1951.....	1,767.613	13.322	14.100	+778	1,768.391	770.891

Die Ermittlung der angeführten Bevölkerungsstandszahlen wurde auf Grund des Volkszählungsergebnisses vom 1. Juni 1951 vorgenommen, und zwar wurde der Bevölkerungsstand für den Beginn des Jahres 1950 durch Rückschreibung errechnet. Die Tabelle zeigt, daß sich die Bevölkerung Wiens während der Jahre 1950

und 1951 sowohl hinsichtlich ihrer Gesamtzahl wie auch des proportionalen Anteiles der beiden Geschlechter kaum verändert hat.

STATISTISCHE VERÖFFENTLICHUNGEN.

In der Reihe der seit 1946 wieder herausgegebenen Veröffentlichungen erschienen im Jahre 1950 das „Statistische Jahrbuch 1948“ und im Jahre 1951 das „Statistische Jahrbuch 1949“. Die beiden Werke geben einen umfassenden Überblick über das Leben in Wien, das in dem klaren Bilde der Zahlen hier eingefangen wurde.

Das „Statistische Taschenbuch“ ist für 1949 im Juni 1950 und für 1950 im Juni 1951 erschienen.

Vierteljährlich erschienen ferner die „Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien“.

Im September 1950 wurde der neueste Band der vom Statistischen Amt der Stadt Wien herausgegebenen Verwaltungsberichte herausgebracht.

Im Austausch mit den statistischen Veröffentlichungen und dem Verwaltungsbericht erwarb das Statistische Amt der Stadt Wien zahlreiche Veröffentlichungen gleicher Art von anderen Städten im In- und Ausland. Auf diese Weise gelang es, in den letzten Jahren wieder zahlreiche wertvolle Werke zu erhalten. Ende 1951 zählte die statistische Fachbücherei 35.718 Bände.

Das Statistische Amt der Stadt Wien nahm auch regen Anteil an den Arbeiten für das „Statistische Jahrbuch österreichischer Städte“, das vom Österreichischen Statistischen Zentralamt unter Mitwirkung des Österreichischen Städtebundes zum ersten Male für das Jahr 1950 herausgegeben wurde. Auf der Tagung der Österreichischen Kommunalstatistiker in Graz am 7. und 8. November 1951, auf der u. a. auch ausführlich die Tabellen für den nächsten Jahrgang besprochen wurden, wurde der Vertreter Wiens in das Redaktionskomitee gewählt.

ZIVILRECHTSANGELEGENHEITEN.

Die Beschaffung von Bauland für das städtische Wohnbauprogramm, die Aufschließungsarbeiten für neue Siedlungen und die Finanzierung der privaten Bautätigkeit haben eine große Zahl von Rechtsgeschäften, wie Kauf, Tausch, Grundabtretungen, zur Folge gehabt. Um Gründe für den Wohnhausbau freizumachen, mußten häufig Kündigungsprozesse gegen Pächter und Mieter geführt werden. Für die aus Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds instandzusetzenden Gemeindehäuser war die grundbücherliche Sicherstellung der gewährten Fondsdarlehen durchzuführen. Bei Ersatzvornahmen an privaten Häusern war die grundbücherliche Sicherstellung der Kosten oder deren Hereinbringung im Klagewege zu besorgen, doch konnten Zwangsmaßnahmen, wenn es sich um Liegenschaften des „Deutschen Eigentums“ handelte, nicht durchgeführt werden, weil die nach dem zweiten Kontrollabkommen erforderliche schriftliche Zustimmung der alliierten Kommissionen nicht zu erlangen war.

Von der Magistratsabteilung für Zivilrechtsangelegenheiten waren im Jahre 1950 13.939 und im Jahre 1951 13.292 Geschäftsfälle zu bearbeiten. Hievon sind besonders hervorzuheben:

	1950	1951
Rechtsgutachten (schriftlich)	151	146
Zivilrechtliche Klagen:		
a) der Stadt Wien	324	636
b) gegen die Stadt Wien	412	706

	1950	1951
Rückstellungs- (Rückgabe-) Sachen.....	89	91
Angefallene Verlassenschaften	10	10
Ausgleiche	61	54
Konkurse	165	195
Grundbücherliche Sicherstellungen und Ersatz- vornahmen.....	619	452
Löschungserklärungen	166	218
Freilassungserklärungen.....	30	43
Kauf- und Tauschverträge	355	500
Ersichtlichmachung anlässlich von Baubewilligungen ..	1.017	1.226
Exekutions- und Zwangsversteigerungen	332	502
Vollmachtsausstellungen	183	189

Bei der Beurteilung der Prozeßtätigkeit ist zu berücksichtigen, daß die zivilrechtliche Regelung von Rechtsverhältnissen in der Kriegs- und Nachkriegszeit infolge gesetzlicher Verlängerung von Fristen die Arbeit des städtischen Zivilrechtsdienstes sehr beeinträchtigt. Die widersprechende Spruchpraxis, selbst der obersten Instanzen, zwang in manchen Fällen zur Erschöpfung des Instanzenzuges, um für analoge Fälle eine Richtschnur zu haben. Der Magistrat hat sich hiebei vom Gesichtspunkte größter Ökonomie leiten lassen und in Fällen, wo bereits Präjudikate vorlagen oder die Beweislage nicht geklärt war, eine Regelung im Wege des Vergleiches angebahnt.

So hat der sogenannte „Fischerstiegenprozeß“ mit einem Vergleich geendet, wobei die Gemeinde Wien für die Opfer des Hauseinsturzes die Zahlung eines Schadensbetrages von 205.000 S und die der Prozeßkosten übernahm.

Die Verhandlungen mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien über die Rückstellung von Vermögenswerten der „Buchkaufmannschaft“ wurden zum Teile damit beendet, daß vor der Rückstellungskommission ein Vergleich über die Rückstellung des kaufmännischen Krankenhauses zustandekam; zugleich erklärte sich die Gemeinde Wien bereit, die Pensionslasten von ehemaligen Angestellten der Buchkaufmannschaft zu übernehmen.

Personen, die bei der „Schuttaktion“ in den Jahren 1945 und 1946 zu Aufräumungsarbeiten ohne Entgelt herangezogen worden waren, erwirkten ein Urteil des Obersten Gerichtshofes, dem zufolge sie in einem arbeitsähnlichen Verhältnisse zur Stadt Wien gestanden sind und daher Anspruch auf dermalige Löhne besitzen, soweit sie nicht für eine Zeit beansprucht wurden, für die nach dem Verfassungsgesetze Nr. 137/1945 unentgeltlich Arbeiten zu leisten waren. Derartige Fälle werden nunmehr im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung für individuelle Personalangelegenheiten durch Vergleich geregelt.

Der Schadenersatzprozeß der Miteigentümer des Hauses in Wien VI., Linke Wienzeile 166/168, mit einem Streitwert von 1.000.000 S hat in der ersten Instanz durch Klageabweisung ein für die Stadt Wien günstiges Urteil gebracht. Über Berufung der Gegenseite wurde die Sache an die erste Instanz zurückverwiesen. Der äußerst verwinkelte Sachverständigenprozeß ist noch anhängig.

Der ehemalige Direktor des Bürgertheaters Robert *Valberg* klagte auf Ersatz der Investitionen von 750.000 S, weil sein Pachtvertrag bis 1951 vorzeitig beendet worden sei. Seinem Klagebegehren wurde in 1. und 2. Instanz stattgegeben, der Oberste Gerichtshof hat jedoch diese Klage abgewiesen.

Das von den früheren Eigentümern des Bürgertheaters eingeleitete Rückstellungsverfahren endete mit der Rückübergabe dieses Theatergebäudes an die *Schweinburgschen Erben* gegen Rückzahlung des ihnen tatsächlich zugekommenen Kaufpreises.

Ein für die städtische Friedhofverwaltung wichtiges Ergebnis hatte der Prozeß *Engelmann* mit dem Klagebegehren auf Überlassung eines Grabes und Herausgabe der steinernen Einfassung des darauf errichteten Monumentes. Das Gericht entschied nämlich, daß das Erlöschen des Benützungsrechtes an einer Grabstelle und der Heimfall der Grabausschmückung (Einfassung und Monument) durch die Begräbnis- und Gräberordnung der Stadt Wien gedeckt sind, der jeder Grabstellenerwerber unterworfen ist.

Im Schadenersatzprozeß der *Josefine Lutz* wegen eines an ihren Füßen erlittenen Schadens, den ein städtischer Arzt durch einen angeblichen Kunstfehler verursachte, wurde ein Vergleich geschlossen, nach welchem die Stadt Wien 25.000 S zu zahlen hat.

Für Prozeßkosten und Vergleiche hat die Gemeinde Wien im Jahre 1950 217.891 S und im Jahre 1951 (ohne „Fischerstiegenprozeß“) rund 340.000 S aufgewendet, wobei zu bemerken ist, daß in diesen Beträgen, nicht nur jene Kosten inbegriffen sind, die wegen Sachfälligkeit oder bei vergleichsweiser Regelung zu bezahlen waren, sondern auch jene Kosten, die bei Sachfälligkeit des Prozeßgegners — wegen dessen Armenrechtes — als uneinbringlich abgeschrieben werden mußten.

GEWERBEWESEN.

Die Verwaltungstätigkeit in Gewerbeangelegenheiten wurde durch mehrere Neuerungen in der Gesetzgebung beeinflußt. So wurde durch die Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 16. Mai 1950, BGBl. Nr. 126/1950, festgelegt, daß die Herstellung von Filmen, die zur öffentlichen Aufführung bestimmt sind sowie der Filmvertrieb und Filmverleih einer Konzession bedürfen, die vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau verliehen wird.

Die Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 30. November 1950, BGBl. Nr. 14/1951, bestimmt, daß am 1. März 1951 jene Gewerbeberechtigungen erlöschen, die von den Inhabern nicht auf Grund des § 4 des Handelskammermitgliedergesetzes, BGBl. Nr. 161/1947, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft zur Überprüfung vorgelegt und von ihr anerkannt wurden. Mit der Zustellung des Bescheides über das Erlöschen wird die Überprüfungsaktion abgeschlossen sein.

Schließlich ist noch die Verordnung des Landeshauptmannes vom 22. Mai 1951, LGBl. für Wien Nr. 12, bemerkenswert, nach der die Sperrstunde für Eissalons von 21 Uhr auf 21,30 Uhr erstreckt wurde.

Nach der stürmischen Aufwärtsbewegung in den ersten Nachkriegsjahren ist die Zahl der Gewerbeanmeldungen in den Jahren 1950 und 1951 im Rückgang begriffen. Ein Vergleich mit den Gewerberücklegungen dieser Zeit ergibt, daß der Saldo aus Anmeldungen und Rücklegungen gleichfalls sinkt, wie aus folgender Übersicht hervorgeht:

Gewerbeanmeldungen und Konzessionsverleihungen.

	1950	1951
Freie Gewerbe	1.178	1.089
Gebundene Gewerbe	3.943	3.342
Handwerksmäßige Gewerbe	1.913	1.686
Konzessionierte Gewerbe	1.397	1.024
Alle Gewerbe zusammen.....	8.431	7.141

Gewerberücklegungen.

	1950	1951
Freie Gewerbe	918	799
Gebundene Gewerbe	2.939	2.758
Handwerksmäßige Gewerbe	2.243	1.742
Konzessionierte Gewerbe	1.300	984
Alle Gewerbe zusammen	7.400	6.283

RECHTSANGELEGENHEITEN IM STRASSENVERKEHR.

Die Zahl der Kraftfahrzeuge ist in den letzten Jahren ständig gestiegen und hat selbst den Friedensstand weit überholt. Im September 1937 wurden in Wien (altes Stadtgebiet) 42.450, im September 1951 70.394 Kraftfahrzeuge gezählt. Dadurch hat sich die Verwaltungstätigkeit in den Rechtsangelegenheiten des Straßenverkehrs vermehrt und dementsprechend die Zahl der Berufungen erhöht. Aus diesem Grunde wurden im Jahre 1950 die zum Polizeiwesen gehörigen Verwaltungsgeschäfte, die einer Rechtsabteilung fremd sind, an die Magistratsabteilung für Polizeiwesen abgetreten.

Im Jahre 1950 wurden 5.354 und im Jahre 1951 4.672 Akten behandelt. Mit dem erhöhten Arbeitsaufwand war eine Vermehrung des Personalstandes verbunden; dieser machte die Übersiedlung vom Neuen Rathaus in die Rathausstraße 1 erforderlich.

Die zunehmende Bedeutung des Verkehrs kommt auch in der Gesetzgebung zum Ausdruck, in der in den Jahren 1950 und 1951 folgende Neuerungen hervorzuheben sind: die Verordnung vom 20. Jänner 1950 über Fahrräder mit Hilfsmotor, BGBl. Nr. 45/1950, Aufhebung der Preisregelung für Verkehrsunternehmen, BGBl. Nr. 2/1950, die Kraftfahrgesetznovelle, BGBl. Nr. 142/1951, die Kraftfahrrechtsüberleitungsnovelle, BGBl. Nr. 144/1951, und die Kraftfahrverordnungsnovelle, BGBl. Nr. 205/1951.

Diese Gesetze und Gesetzesänderungen haben sich aber auf die Verwaltungstätigkeit kaum fühlbar ausgewirkt und nur geringe Mehrarbeit zur Folge gehabt. Hingegen schufen die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes vom 18. Dezember 1951 und des Verwaltungsgerichtshofes vom 25. Mai 1951 eine neue Rechtslage und erweiterten die Zuständigkeit des Landeshauptmannes von Wien in jenen Fällen, in denen Autobuslinien in niederösterreichisches und burgenländisches Gebiet führten. Damit war ein wesentlicher Arbeitszuwachs verbunden.

Im Jahre 1951 wurden Fahrpreiserhöhungen für die Verkehrsmittel als Folge des 5. Lohn- und Preisabkommens genehmigt und neue private Kraftomnibuslinien eröffnet. Der städtische Autobus-Nachtverkehr wurde wieder eingerichtet, ein erweiterter Taxiturnus probeweise eingeführt und die Zahl der Taxistandplätze vermehrt. Auch die rechtliche Reorganisation des Fahrschulwesens wurde vollendet.

Schließlich wurden die Arbeiten an dem Entwurf eines Landesgesetzes über die Straßenpolizei weitergeführt und überholte oder in Vergessenheit geratene Magistratskundmachungen in neuer Fassung veröffentlicht.

ADMINISTRATIVE BAU-, ELEKTRIZITÄTS-, EISEN- BAHN- UND LUFTSCHIFFFAHRTSANGELEGENHEITEN.

Unterläßt der Hauseigentümer die Behebung von Baugebrechen und entsteht dadurch eine Gefahr für die allgemeine Sicherheit, so greift die administrative

Baupolizei ein und veranlaßt eine Ersatzausführung. Im Jahre 1950 hat der Magistrat 1.065 und im Jahre 1951 940 Vollstreckungsverfügungen ausgegeben, wodurch Bauarbeiten im Betrage von rund 44 Millionen Schilling auf Gefahr und Kosten der Hauseigentümer in Auftrag gegeben werden konnten.

Die administrative Baupolizei bereitete auch die Erledigung von Berufungen in Bausachen vor; sie bearbeitete im Jahre 1950 636 und im Jahre 1951 995 Berufungen an die Bauoberbehörde und 92 Berufungen im Jahre 1950 sowie 85 im Jahre 1951, die an die Landesregierung gerichtet waren. Hiezu kommen noch 12 Berufungen im Jahre 1950 und 8 im Jahre 1951 in Feuerschutzangelegenheiten und 23 Berufungen im Jahre 1950 und 19 im Jahre 1951 an die Abgabenberufungskommission.

Im Jahre 1950 wandten sich 32 und im Jahre 1951 65 Parteien an den Verwaltungs- oder Verfassungsgerichtshof, um die Gesetzmäßigkeit der Berufungen überprüfen zu lassen; diese verhältnismäßig geringe Zahl von Gegenschritten ist für das Niveau und die Gesetzmäßigkeit der Entscheidungen kennzeichnend.

Im Jahre 1950 verzeichnete die administrative Baupolizei einen Aktenlauf von insgesamt 10.675 und im Jahre 1951 von 10.795 Geschäftsstücken. Hievon entfielen auf:

	1950	1951
Grundabteilungen	3.017	3.401
Grundbuchssachen	2.893	3.300
Bausachen (einschl. Ersatzausführungen)	3.031	2.841
Fluchtlinienangelegenheiten	162	181
Enteignungen	17	26
Baustrafen (Berufungsakten)	674	151
Eisenbahnangelegenheiten	235	199
Elektrizitätsangelegenheiten	272	314
Post- und Telegraphenangelegenheiten	31	50
Benzin- und Tankstellenangelegenheiten	32	70
Verschiedene	321	262

KRIEGSGEFANGENEN- UND HEIMKEHRER-FÜRSORGE.

Es gehört zu den besonderen Grausamkeiten des zweiten Weltkrieges, daß es sieben Jahre nach Kriegsende noch immer Kriegsgefangene gibt. Die Wiener Kriegsgefangenenkommission hatte daher auch in den Jahren 1950 und 1951 noch die ihr zugedachten Aufgaben zu erfüllen.

Im Jahre 1950 erfolgte die Rückführung österreichischer Kriegsgefangener aus Rußland in zwei größeren Transporten; hiezu kamen noch kleinere Transporte aus Albanien, Polen und Jugoslawien. Im Jahre 1950 trafen 1.017 und im Jahre 1951 123 Heimkehrer in Wien ein. Vom Juni 1950 an befanden sich keine Österreicher mehr in albanischer Kriegsgefangenschaft.

Alle Auskünfte, die Heimkehrer über gefallene oder in der Kriegsgefangenschaft verstorbene ehemalige Wehrmachtangehörige überbrachten, wurden der Vermittlungskommission des Bundesministeriums für Inneres zur Verwertung übermittelt und außerdem zahlreiche Erhebungen zur Klärung solcher Fälle durchgeführt. Vom Bundesministerium für Inneres wurden der Wiener Kriegsgefangenenkommission im Jahre 1950 6.546 und 1951 4.285 Erhebungsergebnisse übergeben, von denen 2.074 im Jahre 1950 und 711 im Jahre 1951 eine einwandfreie Klärung ermöglichten.

BETREUUNG DER KRIEGSGEFANGENEN.

Auch in den Jahren 1950 und 1951 wurden an die Wiener Kriegsgefangenen in Rußland, Jugoslawien, Polen und Frankreich eine große Zahl von Liebesgabenpaketen abgeschickt. Den in Frankreich in Haft befindlichen Wienern wurden außerdem monatlich Geldbeträge überwiesen.

Von den in russischer Gefangenschaft befindlichen Wienern konnte im Jahre 1950 etwa die Hälfte mit Weihnachtspaketen beteiligt werden. Aus der Kartei der Kriegsgefangenenfürsorge geht hervor, daß Ende 1950 noch 441 und Ende 1951 351 Wiener in Kriegsgefangenschaft waren, die der Fürsorge und Betreuung bis zu ihrer Heimkehr bedurften; von ihnen befanden sich in:

am Jahresende	Rußland	Polen	Jugoslawien	Frankreich	Tschechoslowakei
1950.....	339	3	90	7	2
1951.....	331	2	9	6	3

Im Jahre 1950 waren von den 90 noch in Jugoslawien befindlichen Wienern 32 in Haft und 58 in einem terminisierten Arbeitsverhältnis, im Jahre 1951 standen von 9 Wienern 2 in einem Arbeitsverhältnis.

An die noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Wiener wurden im Jahre 1950 283 Liebesgabenpakete gesandt, deren Inhalt aus hochwertigen Lebensmitteln und Textilien bestand. Im Jahre 1951 gelangten 1.070 Pakete zur Versendung. Diese Pakete enthielten insgesamt 1.756 kg Lebensmittel, 2.926 Dosen (Schmalz, Rindfleischkonserven, Sardinen und Kondensmilch), außerdem 10 Paar Schuhe, 2.648 Stück oder Paar Textilien, 3.023 Gebrauchs- und Verbrauchsartikel sowie 55.960 Zigaretten. Überdies wurden im Jahre 1951 333 Angehörigen von Kriegsgefangenen Lebensmittel zu verbilligten Preisen überlassen, um ihnen die Absendung von Liebesgabenpaketen zu erleichtern. Hiefür wurden 697 kg Zucker, 332 kg Reis, 80 kg Teigwaren, 502 Dosen Schmalz, 701 Dosen Rindfleischkonserven und 137 Kartons Weihnachtspackungen ausgegeben.

Schließlich wurden bei einer im Jahre 1951 von Vizebürgermeister *Honay* veranstalteten Weihnachtsfeier 150 Kinder von Kriegsgefangenen mit Kleidern und Spielzeug beteiligt.

BETREUUNG DER HEIMKEHRER.

Die Heimkehrerentlassungsstelle Wien und die Heimkehrerunterkunftsstelle Südbahnhof wurden am 6. Februar 1950 aufgelassen.

Von den in den Jahren 1950 und 1951 von der Kriegsgefangenenfürsorge erfaßten Wienern kamen aus

	1950	1951
albanischer Kriegsgefangenschaft	25	25
amerikanischer „	1	—
französischer „	7	3
jugoslawischer „	30	31
polnischer „	49	6
russischer „	905	29

Auf dem Wiener Südbahnhof kamen im Jahre 1950 414 Wiener, 453 Österreicher aus den Bundesländern und 124 Ausländer in geschlossenen Transporten an; 18 Wiener, 1 Nichtwiener und 7 Ausländer trafen als Einzelreisende ein. An die Heimkehrer wurden 930 Abendportionen ausgegeben. Im Jahre 1951 kamen

drei Transporte aus Jugoslawien und ein Transport aus Rußland mit zusammen 99 Heimkehrern an, die mit Liebesgabenpaketen beteiligt wurden. Außerdem trafen 24 Einzelheimkehrer ein.

Die Wohlfahrtsstelle hat im Jahre 1950 756 Heimkehrer bei ihrem Eintreffen auf dem Bahnhof mit Liebesgabenpaketen beteiligt. 414 Heimkehrer waren aus Wien, 342 aus den Bundesländern. Außerdem wurden noch die Heimkehrer des 54. Transportes aus Rußland, die am 29. Dezember 1949 eingetroffen waren sowie Heimkehrer, die einzeln angekommen waren, betreut.

In der Wohlfahrtsstelle sprachen im Jahre 1950 mehr als 10.000 Heimkehrer vor; in 2.159 Fällen wurden Ansuchen um Bekleidung eingebracht, in 2.846 handelte es sich um Beratungen und in 5.798 Fällen war Betreuung erforderlich. 35 Volksdeutschen aus Jugoslawien, Ungarn und Rumänien wurden Viersprachen- ausweise für Ausländer übergeben.

Am 30. Dezember 1950 wurde die Heimkehrer-Wohlfahrtsstelle aufgelassen; ihre Aufgaben wurden der Wiener Kriegsgefangenenkommission übertragen. Die Mittel für die Betreuung der nach diesem Zeitpunkte Heimkehrenden wurden durch Subvention der Gemeinde Wien und durch fallweise Zuwendungen des Bundesministeriums für Inneres aufgebracht. Im Jahre 1951 wurden drei Heimkehrertransporte aus Jugoslawien und ein Transport aus Rußland mit zusammen 99 Heimkehrern empfangen, denen Liebesgabenpakete ausgefolgt wurden. 14.944 Heimkehrer wendeten sich in diesem Jahre an die neu errichtete Geschäftsstelle in der Wiener Kriegsgefangenenkommission, wobei 6.307 Vorsprachen Ansuchen um Kleidungsstücke, 1.512 Auskünfte und Beratungen und 7.125 Betreuungsansuchen betrafen. 140 Heimkehrern wurde ein kostenloser Landaufenthalt in der Dauer von zwei bis drei Wochen ermöglicht.

Am 31. Dezember 1951 wurde die gesamte Kriegsgefangenen- und Heimkehrerbetreuung von der Magistratsabteilung für Erwachsenen- und Familienfürsorge übernommen.

Der finanzielle Gesamtaufwand für die Heimkehrerbetreuung betrug im Jahre 1950 274.448 S und im Jahre 1951 141.049 S. Im Jahre 1951 erhielt die Wiener Kriegsgefangenenkommission von der Gemeinde Wien eine Subvention von 50.000 S.

KRANKENBETREUUNG UND ERHOLUNGSaufenthalt.

Die Sanitätsstelle der Kriegsgefangenenfürsorge hat im Jahre 1950 791 Heimkehrer untersucht; von diesen wurden 327 ambulatorisch behandelt, 22 mußten in ein Spital eingewiesen werden. Im Jahre 1951 wurden 68 Heimkehrer ärztlich untersucht; 47 wurden ambulatorisch behandelt, 3 in Spitälern überstellt. Die Untersuchungen ergaben in 247 Fällen Tuberkuloseverdacht; in 253 Fällen wurden Malaria-symptome festgestellt. 596 Heimkehrer wurden an die für sie zuständigen Krankenkassen verwiesen; in 187 Fällen wurde die Aufnahme in ein Erholungsheim beantragt.

MAGISTRATISCHE BEZIRKSÄMTER.

Für die dezentralisierten Verwaltungsgeschäfte bestanden in Wien Ende 1951 20 Magistratische Bezirksämter, zu denen noch 23 Amtsstellen und Exposituren hinzukamen. Eine sehr fühlbare Auswirkung auf die Verwaltungstätigkeit der Magistratischen Bezirksämter haben in den Jahren 1950 und 1951 die Bundespräsidentenwahl, die Volkszählung, die Land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung, die Häuser- und Wohnungszählung sowie die Novellierung des Mieten-

gesetzes mit sich gebracht. Die Zahl der Anträge auf Überprüfung oder Herabsetzung des Jahresmietzinses für 1914 stieg nach dem Inkrafttreten der Mietengesetznovelle sprunghaft an. Erschwert wurden diese Arbeiten dadurch, daß die amtlichen Unterlagen hiefür größtenteils im Kriege zerstört worden sind. In einem gewissen Ausmaß hat auch die Novellierung des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes und die neue Praxis bei Vorentscheidungen nach § 2 des Wohnungseigentumsgesetzes die Tätigkeit der Schlichtungsstellen beeinflußt. Die Abänderung des Mietengesetzes und des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes bewirkte nicht nur eine beträchtliche Zunahme des Parteienverkehrs, sondern auch des Akteneinlaufes. Eine Vermehrung der Verwaltungsgeschäfte brachte die Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 30. November 1950, womit der Zeitpunkt des Erlöschens der anlässlich der Überprüfung der Mitgliedschaft zu den Kammern der gewerblichen Wirtschaft nicht nachgewiesenen Gewerbeberechtigungen und einiger sonstiger Berechtigungen festgesetzt wird (BGBl. Nr. 14/1951). Von der Kammer wurde bei den Magistratischen Bezirksämtern eine große Zahl von Erlöschungsanzeigen eingebracht, wobei auch Anzeigen über Gewerbeberechtigungen erstattet wurden, die schon längst zurückgelegt worden waren. Eine gewisse Entlastung ist den Magistratischen Bezirksämtern durch die Auflassung der NS-Registrierungsstellen erwachsen. Auch die Einspruchskommissionen nach dem Nationalsozialistengesetz beendeten ihre Tätigkeit in den Bezirken. Alle NS-Angelegenheiten sind nun in der Magistratsabteilung 62 zentralisiert. Auch die Opferfürsorgeangelegenheiten wurden zentralisiert und werden für ganz Wien in der Magistratsabteilung 12 besorgt. Die Ausstellung von Fischereikarten wird seit 15. Juni 1950 nicht mehr vom Magistratischen Bezirksamt, sondern vom Fischereiausschuß vorgenommen. Durch verschiedene Verwaltungsvereinfachungen ist es gelungen, den Personalstand in den Magistratischen Bezirksämtern herabzusetzen. Ebenso wurden durch Verlegung von Amtsstellen aus Privathäusern in die wiederinstandgesetzten Magistratischen Bezirksämter bedeutende Ersparnisse an Mieten erzielt.

Die reguläre Arbeitsbelastung der Magistratischen Bezirksämter ohne Berücksichtigung der einmaligen Verwaltungsaufgaben ist aus der folgenden Zusammenstellung zu ersehen:

Die Arbeitsbelastung der

Mag. Bez.-Amt für den Bezirk	Haupteingangsbuch (besonderer Teil)					Haupteingangsbuch (allg. Teil)	Straf-ein-gangsbuch	Ein-gangsbuch der Schlichtungsstelle	Giftprotokoll	Betreibungsbuch	Geschäftsstücke der NS.-Meldestelle
	hievon										
	Ge-samt-ein-gang	Ge-werb-ein-mel-dungen	andere Ge-werb-esachen	Staats-bür-ger-schaft	Son-stiges						
1950											
1./8.	15.950	1.012	9.773	628	4.537	126	2.461	370	5	85	2.017
2.	9.328	348	5.334	594	3.052	203	1.620	1.055	5	40	2.240
3./11.	12.524	591	7.486	1.496	2.951	543	2.886	784	14	94	4.876
4./5.	10.229	566	6.858	1.001	1.804	362	2.193	984	19	66	90
6./7.	11.588	733	7.178	983	2.694	295	1.453	672	33	85	112
9.	7.149	335	3.726	753	2.335	264	1.324	455	7	66	5.950
10.	6.950	407	3.606	413	2.524	307	1.904	498	2	43	1.976
12.	5.772	275	3.109	469	1.919	311	1.222	360	4	44	6.136
13./14.	9.537	518	4.215	690	4.114	162	1.812	682	14	17	1.501
15.	8.177	385	5.529	647	1.616	237	1.141	628	12	15	52
16.	7.803	400	5.035	382	1.986	276	1.520	1.011	11	40	3.695
17.	5.085	247	2.989	403	1.446	282	853	815	5	12	586
18.	4.795	253	2.602	644	1.296	262	853	487	10	51	3.207
19./26.	5.595	312	2.388	748	2.147	511	1.179	242	5	64	1.799
20.	4.164	222	2.233	189	1.520	268	837	475	3	10	3.805
21.	5.594	325	2.790	370	2.109	247	1.690	181	6	13	1.204
22.	3.452	181	1.734	156	1.381	410	1.598	108	5	43	795
23.	2.975	97	1.368	141	1.369	859	924	72	2	5	752
24.	4.757	160	1.170	367	3.060	1.074	675	123	3	8	1.149
25.	4.222	366	2.147	398	1.311	868	1.111	307	6	20	716

Die Arbeitsbelastung der

Mag. Bez.-Amt für den Bezirk	Haupteingangsbuch (besonderer Teil)					Haupteingangsbuch (allg. Teil)	Straf-ein-gangsbuch	Ein-gangsbuch der Schlichtungsstelle	Giftprotokoll	Betreibungsbuch
	hievon									
	Ge-samt-ein-gang	Ge-werb-ein-mel-dungen	andere Ge-werb-esachen	Staats-bür-ger-schaft	Son-stiges					
1951										
1./8.	15.116	922	10.690	393	3.111	261	2.429	608	7	130
2.	8.057	377	4.832	314	2.534	180	1.433	1.152	5	31
3./11.	11.928	644	7.697	957	2.630	511	2.369	917	8	49
4./5.	9.566	488	6.708	267	2.103	300	2.607	1.125	20	43
6./7.	10.601	647	7.336	558	2.060	289	1.522	686	41	70
9.	7.004	347	4.351	382	1.924	274	1.277	574	6	44
10.	7.426	317	3.836	204	3.069	288	1.592	491	7	13
12.	6.074	294	3.523	229	2.028	273	1.073	429	4	32
13./14.	8.812	543	4.182	478	3.609	310	1.665	850	11	21
15.	8.408	343	5.934	439	1.692	227	1.200	666	11	9
16.	7.614	347	5.058	220	1.989	256	1.602	1.004	18	26
17.	4.725	272	3.003	294	1.156	230	852	945	7	8
18.	4.652	209	2.699	329	1.415	234	749	631	4	34
19./26.	5.151	232	2.534	407	1.978	471	1.127	357	14	46
20.	4.299	244	2.479	89	1.487	225	727	453	6	7
21.	5.063	343	2.950	264	2.106	239	1.407	228	2	14
22.	3.187	122	1.615	94	1.356	659	1.294	134	1	38
23.	3.724	102	1.394	108	2.120	811	928	67	1	11
24.	4.223	139	1.029	291	2.704	648	612	127	4	8
25.	4.012	339	1.864	376	1.433	1.007	721	325	9	16

Magistratischen Bezirksämter.

Geschäftsstücke in Wohnrechtsangelegenheiten	Anträge auf Ausstellung od. Bericht, v. Lohnsteuerkarten	Durchgeführte Effekten-sicherstellungen	Legitimation für Handelsreisende	Fischerkarten und Jagdkarten	Relig.-Aus-tritts-erklä-run-gen	Mit Benzin ver-sorgte Fahr-zeuge, Stand vom 31. XII. 1950	NS.-Be-schei-nigen	An-suchen um Haus-rats-dar-lehen	Zoll-freie Aus-fuhr von Über-sied-lungs-gut	Be-stä-tigung nach dem Schil-lings-gesetz	Kassa-anwei-sungen für ver-hängte Stra-fen
--	--	---	----------------------------------	------------------------------	---------------------------------	---	--------------------	----------------------------------	---	---	--

1950

54	14.195	9	169	8	104	4.487	271	13	158	120	400
—	19.192	53	94	156	473	1.758	980	68	105	72	853
—	35.595	273	121	110	535	3.721	1.141	63	90	138	1.700
—	21.036	179	259	66	428	3.090	1.407	67	112	110	1.497
112	20.370	67	409	56	281	3.714	1.207	75	95	127	859
161	7.664	33	194	43	286	1.803	989	29	133	40	528
1	13.530	30	88	18	633	2.182	634	41	31	103	1.000
108	8.660	80	164	60	474	2.038	500	41	28	51	628
3	25.253	31	63	8	492	2.954	293	83	41	43	380
—	15.582	38	106	55	473	2.388	1.131	29	93	123	690
9	26.094	40	101	35	679	2.559	1.369	37	27	77	1.058
2	7.348	349	15	29	290	1.656	524	16	37	60	559
—	6.666	36	61	29	155	1.411	592	28	120	27	487
—	7.264	26	56	130	211	2.033	599	72	72	38	550
51	13.819	59	29	23	562	1.241	425	31	33	62	452
—	7.108	—	19	120	267	1.456	1.160	53	14	—	913
—	3.725	10	16	68	143	1.072	264	15	2	32	779
22	2.060	—	2	180	79	754	183	10	2	1	594
—	930	—	4	77	80	1.369	523	58	8	6	349
90	628	292	8	37	223	1.423	458	12	7	32	759

Magistratischen Bezirksämter.

Anträge auf Ausstellung od. Bericht, v. Lohnsteuerkarten	Durchgeführte Effekten-sicherstellungen	Legitimation für Handelsreisende	Fischerkarten und Jagdkarten	Relig.-Aus-tritts-erklä-run-gen	Mit Benzin ver-sorgte Fahr-zeuge, Stand vom 31. XII. 1951	An-suchen um Haus-rats-dar-lehen	Zoll-freie Aus-fuhr von Über-sied-lungs-gut	Be-stä-tigung nach dem Schil-lings-gesetz	Kassa-anwei-sungen für ver-hängte Stra-fen
--	---	----------------------------------	------------------------------	---------------------------------	---	----------------------------------	---	---	--

1951

8.455	—	288	28	211	4.878	62	292	60	794
18.821	33	226	5	404	1.982	100	98	57	750
27.961	207	224	61	606	4.141	163	212	103	1.328
15.010	76	192	19	428	3.408	119	210	74	1.862
14.925	38	276	25	317	3.970	118	102	75	859
7.747	30	117	12	222	2.078	69	190	18	495
13.217	33	50	14	1.050	2.394	176	19	96	889
7.317	120	92	6	717	2.214	47	53	54	615
26.789	53	163	40	720	3.291	241	75	50	805
12.967	17	92	6	533	2.566	45	95	68	721
29.241	21	41	8	868	2.752	49	73	73	1.117
8.420	416	14	9	363	1.811	28	39	50	459
7.204	20	77	9	256	1.583	10	80	22	363
8.800	84	88	73	234	2.191	150	97	16	524
9.813	88	66	171	613	1.286	44	46	50	431
5.639	—	12	170	351	1.600	60	19	—	871
3.052	12	19	63	167	1.203	28	12	41	786
2.297	—	6	130	66	761	15	7	4	551
1.106	—	17	50	124	1.487	17	5	5	270
2.086	313	41	54	227	1.535	19	15	15	406